

Drohende US-Sanktionen sorgen bei der EU für Unmut

Die Weltmacht zürnt

EU-Ratspräsident Donald Tusk ist Optimist. Man könne dem US-Präsidenten dankbar sein, daß er Europa von seinen Illusionen erlöse, twitterte er vor dem EU-Gipfeltreffen in Sofia. Wohl wahr. Noch in Sofia waren die Europäer zuversichtlich, sich mit weiteren Importen teuren US-Frackinggases von den Schutz-zöllen auf Stahl- und Aluminiumprodukte freikaufen zu können. Den wenigsten ist bewusst, daß damit auch das wahrscheinliche Ende der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 besiegelt wäre.

Noch strömt ein Großteil des für Europa bestimmten russischen Gases durch ein Krisengebiet – die Ukraine. Leider kommt das vielen Transatlantikern gelegen; der Ukrainekonflikt ist ihnen wichtiger als die eigene Versorgungssicherheit. Soll Otto Normalverbraucher halt mit Holz heizen, Hauptsache, Kiew kann am Gashahn drehen. Und verdient noch gutes Geld dabei.

Auch beim zweiten großen Thema in Sofia, der Aufkündigung des Iran-Nuklearabkommens durch die USA, signalisierten die Gipfelteilnehmer Optimismus. Man werde an dem Vertragswerk, dessen völkerrechtliche Geltung außer Frage steht, festhalten. Wenige Tage später war die Hoffnung auf rasche Kompromisse Makulatur. US-Außenminister Mike Pompeo fuhr dem Iran gegenüber alle Krallen aus und kündigte die „schärfsten Sanktionen der Geschichte“ an. Mit zwölf Forderungen, die auf die politische Ausschaltung des Irans als

eigenständiger Regionalmacht hinauslaufen, untermauerte er den US-Hegemonialanspruch im Mittleren Osten und darüber hinaus. In Ton und Inhalt erinnert der Forderungskatalog fatal an das österreichische Ultimatum vom 23. Juli 1914 an die Adresse Serbiens.

Der US-Außenminister ließ keinen Zweifel daran, daß sein Land weltweit alle Firmen sanktionieren wird, die mit dem Iran Geschäfte tätigen, auch deutsche und europäische. Zwar umspannt der Arm der US-Regierung nicht den gesamten Globus, doch jenen Unternehmen, die unter anderem in den USA tätig sind – und wer unter den Großen ist das nicht? – droht der Zorn der Weltmacht.

Den haben schon viele zu spüren bekommen. Auch die jüngsten Sanktionen chinesischen und russischen Unternehmen gegenüber zeigen, inwieweit die USA willens sind, ihre technologische und wirtschaftliche Macht zur Durchsetzung politischer Ziele einzusetzen. Heute sanktionieren wir Rußland und den Iran, morgen die ganze Welt. Doch bei allem Respekt stellt sich die Frage: In welchem Ausmaß und wie lange kann der amerikanische Koloß, über die Halskrause verschuldet, deindustrialisiert und planetarisch zersetzt, den Rest des Weltens noch kujonieren?

Presseerklärung vom EU-Gipfel in Sofia: https://ec.europa.eu/commission/news/president-juncker-eu-western-balkans-summit-sofia-2018-may-17_de



VON THOMAS FABSBENDER

»Heute sanktionieren wir Rußland und den Iran, morgen die ganze Welt.«

Sigmar Gabriel (SPD) wird Verwaltungsrat bei Siemens/Alstom

Anrühiger Seitenwechsel

Von Paul Rosen

Rüstungsindustrie und Bahnindustrie haben eine Gemeinsamkeit: Der Staat ist Großkunde, was zu gegenseitiger Abhängigkeit und personeller Durchdringung führt. So sitzt der frühere Bundesminister Dirk Niebel (FDP) beim Panzerbauer Rheinmetall im Aufsichtsrat. Aus Korruptionsprozessen ist bekannt, daß ehemalige Abgeordnete sich bei Rüstungsfirmen als Lobbyisten verdingen.

Daß der frühere Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) einen hochbezahlten Verwaltungsratsposten der neuen Gemeinschaftsfirmen der Bahnbauer Siemens und Alstom übernehme, ist insofern keine Überraschung, als daß auch der Bahnbereich von Ex-Politikern regelrecht geflutet worden ist.

Der frühere Kanzleramtsminister Ronald Pofalla (CDU) wechselte in den Vorstand der Bahn. In Brandenburg vergab der damalige Verkehrsminister Hartmut Meyer (SPD) einen lukrativen Auftrag ohne Ausschreibung an die Deutsche Bahn und

heuerte dort wenig später als Berater an. Gabriel will zwar die kürzlich geschaffene Karenzzeit von einem Jahr zwischen Ende des Ministeramtes und Tätigkeitsbeginn als Verwaltungsrat bei Siemens/Alstom einhalten. Dennoch hat die Sache ein Geschmäcke.

Schon als Wirtschaftsminister hatte er mit einer Kooperation von Siemens und Alstom zu tun – und wurde als eifriger Fürsprecher bekannt. In Gabriels Wahlkreis Salzgitter-Wolfenbüttel in Niedersachsen steht ein Werk von Alstom. Das läßt anstehende Arbeitsplatzentscheidungen in der neuen Firma in einem ganz anderen Licht erscheinen. Und ob Gabriel, der sein ganzes Leben mit Politik verbracht, geeignet ist, Weichen bei der Bahnindustrie zu stellen, darf bezweifelt werden. Was er aber kann: durch politischen Einfluß Signale in Berlin für Siemens/Alstom auf Grün stellen. Das macht aus dem Geschmäcke eine Geschmacklosigkeit.

► www.alstom.com/de/germany/
► www.siemens.de



Mario Draghi (l.) und Jean-Claude Juncker: Zukünftig soll ein vom EU-Parlament gewählter EU-Finanzminister die Wirtschaftsregierung lenken

Defizitäre Umverteilung

Eurokrise: In der aktuellen EU-Reformdiskussion melden sich besorgte europäische Professoren zu Wort

FOTO: PICTURE ALLIANCE / ANDRÁS BOGYI

DIETRICH VOGT

Anlässlich des Reformtreffens der Eurogruppe haben etwa 150 Wirtschaftswissenschaftler die Pläne des französischen Präsidenten Emmanuel Macron und des EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker als falschen Schritt einer Vertiefung der Haftungs- und Transferunion abgelehnt. Stattdessen fordern sie eine Rückbesinnung auf die Grundpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft für Europa, die EU-Grundfreiheiten des Binnenmarktwettbewerbs, die Subsidiarität und die Eigenverantwortung der Eurostaaten.

Ausgangspunkte der Diskussion waren zwei Vorschläge zur EU-Reform. In seiner Grundsatzrede an der Pariser Universität Sorbonne vom 26. September 2017 warb Macron für eine Stärkung der Eurozone durch eine Wirtschaftsregierung und für EU-weite Harmonisierungen. Neue Steuern – im Gespräch sind eine CO₂-Steuer und eine Digitalsteuer – sollen ein eigenes Eurozonen-Budget im Umfang von mehreren Prozentpunkten des EU-Bruttoinlandsproduktes befüllen. Ein Finanzminister der Eurozone würde diesen vom EU-Parlament beschlossenen Eurohaushalt verwalten, der

unter anderem zur Wirtschaftsförderung und zur regionalen Umverteilung der Soziallasten eingesetzt werden soll. Eine Harmonisierungsstrategie gemäß dem Motto „Convergence statt Concurrence“ soll EU-weit gleiche Arbeitsbedingungen herstellen. Vorgeschlagen werden eine Annäherung der nationalen Mindestlöhne hin zu einem EU-Mindestlohn, eine Arbeitnehmerentsendung nur zu Tariflöhnen und Sozialbeiträgen des Gastlandes sowie soziale Mindeststandards bei Leiharbeit und Werkverträgen.

Da das französische Wirtschafts- und Sozialmodell nicht konkurrenzfähig ist, werden stattdessen Wettbewerbsvorteile aufstrebender EU-Mitgliedstaaten wegharmonisiert, was die Spaltung der Gemeinschaft begünstigt. Auch mit der Forderung nach Einführung einer Börsenumsatzsteuer – die Frankreich bereits praktiziert – und einer EU-Rückversicherung für die nationalen Arbeitslosenversicherungen – die französische ist hoch defizitär – verfolgt Macron nicht zuletzt nationale Interessen.

Während er die Macht vornehmlich bei den Mitgliedstaaten belassen will, möchte Juncker die EU-Kommission stärken. Hiernach soll ein vom EU-Parlament gewählter EU-Finanzminister die Wirtschaftsregierung lenken. Zentrales Haushaltsinstrument ist ein Europäischer

Währungsfonds (EWF). Während der Rettungsfonds ESM bislang ausschließlich von den Mitgliedstaaten gesteuert wird, soll für den EWF supranationales EU-Recht gelten. Unter besonderen Umständen entscheiden dann Nicht-Eurostaaten mit über Finanzmittel der Eurostaaten.

Mit zusätzlichen Mitteln drei neue Fonds einrichten?

Das nationale Haushaltsrecht kann faktisch außer Kraft gesetzt werden. Außerdem wird der EWF nicht nur die bisherige Funktion des Notfallfonds übernehmen, sondern auch die einer Ausfallsicherung für den unterausgestatteten Bankensicherungsfonds. Außerdem sollen mit zusätzlichen Mitteln weitere Fonds errichtet werden: ein „Stabilisierungsfonds“ für konjunkturelle Krisen, ein „Konvergenzfonds“ zugunsten Beitrittswilliger Länder und ein „Reformfinanzierungsfonds“, der die kurzfristigen finanziellen Folgen langfristig positiv wirkender Reformen unterstützen soll. Eine erhebliche Aufstockung des bisherigen Rettungsfonds von zur Zeit 700 Milliarden Euro wäre die finanzielle Grundlage des Vorschlages.

Die Bundesregierung, uneins in ihrer europapolitischen Ausrichtung, erweckt den Eindruck des Getriebenseins. Außer dem Einfall von Kanzlerin Angela Merkel für einen mit über 50 Ministern besetzten und so kaum arbeitsfähigen „Jumborates“ der Wirtschafts- und Finanzminister gibt es keinerlei Strategie. Was mit einem schlanken institutionellen Gerüst der Währungsunion aus Nichtbeistandsklausel (Art. 125 AEUV) und dem Verbot der monetären Staatsfinanzierung (Art. 123 AEUV) fälschlicherweise erwartungsvoll begann, scheint derzeit in nicht wirksamen vertraglichen Zusätzen, neuen Umverteilungsinstrumenten und de facto Vertragsverletzungen zu enden.

Auch vor diesem Hintergrund ist die Initiative der vier Wirtschaftswissenschaftler Thomas Mayer, Dirk Meyer, Gunther Schnabl und Roland Vaubel zu sehen, die sich mit einem Aufruf gegen die Ver-

gemeinschaft von Risiken und nicht mehr seriös bezifferbaren Umverteilungs-lasten an ihre Kollegen wenden. Konkret richtet sich der Aufruf gegen fünf Punkte:

(1) Eine Auffanglösung für den Bankensicherungsfonds wird abgelehnt, da er die Anreize für Banken und Aufsichtsbehörden senke, faule Kredite zu bereinigen.

(2) Bei dringlichen Entscheidungen des EWF wäre das Vetorecht aufgehoben, so daß einzelne Gläubigerländer überstimmt werden könnten. Der Deutsche Bundestag würde dann sein Kontrollrecht verlieren.

(3) Eine EU-weite Einlagensicherung von Bankguthaben würde die Kosten der Fehler von Banken und Regierungen vereinfachen.

(4) Die geplanten Fonds zur gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung und zur Unterstützung struktureller Reformen würden zu weiteren, an keinerlei Bedingungen geknüpften Krediten und Transfers führen. Fehlverhalten würde belohnt.

(5) Ein Europäischer Finanzminister würde als Gesprächspartner der EZB dazu beitragen, daß die Geldpolitik noch stärker politisiert würde.

Die vorgetragenen Gegenvorschläge sind nicht neu, doch bislang ohne offizielles Gehör. So sei die Privilegierung der Staatsanleihen in der Risikoversorge der Banken abzuschaffen. Das Target-System – so die Wissenschaftler – würde von den Krisenstaaten und deren Banken als Notkreditsystem mißbraucht. Derzeit hat Deutschland Target-Forderungen an das Eurosystem von 924 Milliarden Euro, was den Verbindlichkeiten Portugals, Spaniens und Italiens von zusammen etwa 907 Milliarden Euro entspricht. Diese müßten regelmäßig beglichen werden. Auch sollte die EZB ihre Ankäufe von Staatsanleihen schnell beenden. Schließlich wird für die Eurozone ein geordnetes Insolvenzverfahren für Staaten und ein geordnetes Euro-Austrittsverfahren gefordert.

Professorenaufruf vom Mai 2018: www.hsu-hh.de/ordnung

Ökonomen sorgen für Aufsehen

Immer wieder trugen deutsche Ökonomen ihren Ärger über die Euro-Wirtschaftspolitik durch Professorenaufrufe in die Öffentlichkeit. Bereits kurz nach Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht veröffentlichten 62 Wirtschaftswissenschaftler im Juni 1992 das Manifest „Die EG-Währungsunion führt zur Zerreißprobe“, in dem sie vor einer überhasteten und fehlerhaften Einführung einer europäischen Gemeinschaftswährung warnten. Im Februar 2011 sprachen sich 189 Professoren in einer „Stellungnahme zur europäischen Schuldenkrise“ gegen

die geplante Ausdehnung des Euro-Rettungsschirms aus. In der „Stellungnahme zur Europäischen Bankenunion“ beklagten 214 Unterstützer im Juli 2012 die fatalen Konstruktionsfehler der Währungsunion. Das Memorandum „Die Anleihekäufe der Europäischen Zentralbank sind rechtswidrig und ökonomisch verfehlt“ vom September 2013 unterzeichneten 136 deutsche Professoren. Der vorerst letzte Aufruf – „Der Euro darf nicht in die Haftungsunion führen“ – wurde im Mai 2018 von 154 Wirtschaftswissenschaftlern unterstützt.

Ihr Bestellschein
JF-Buchdienst - Hohenzollerndamm 27a - 10713 Berlin
Fax: 030 - 86 49 53 - 40 • Bestelltelefon: 030 - 86 49 53 - 25
Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

Expl.	Bestell-Nr.	Autor/Kurztitel	Euro

abschicken, faxen oder gehen Sie online: www.jf-buchdienst.de

Bestelladresse: _____ Kundennummer (falls zur Hand): _____
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen! _____
Vorname/Name: _____
Straße/Nr. (kein Postfach): _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____ E-Mail: _____
Datum/Unterschrift: _____

Deutschland: Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,-. Bei Bestellungen unter EUR 50,- beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,90. Postalisches Ausland: Belieferung nur gegen Vorkasse! Bei Lieferung in die EU-Länder fällt zusätzlich zum Buchpreis eine Versandkostenpauschale von EUR 12,- an. Für alle anderen europäischen Staaten beträgt die Pauschale EUR 14,-. Für außereuropäische Staaten EUR 18,-. Die Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen!

JF BUCHDIENST gehen Sie online: jf-buchdienst.de
JUNGE FREIHEIT Medienversand

Hans-Werner Sinn
Auf der Suche nach der Wahrheit

Hans-Werner Sinn hat wie kein anderer in den letzten Jahrzehnten die wirtschafts- und sozialpolitischen Debatten in Deutschland geprägt. Er gilt als einflussreichster Ökonom im deutschsprachigen Raum. In seiner Autobiografie zieht er die Bilanz eines außergewöhnlichen Lebens. 672 S., Abb., geb.

Best.-Nr.: 93804 EUR 28,00

Jörg Bibow, Heiner Flassbeck
Das Euro-Desaster.

Wie deutsche Wirtschaftspolitik die Eurozone in den Abgrund treibt

Der Euro steckt in einer Krise, die den Bestand der Währungsunion gefährdet. Doch Deutschland verweigert sich der Einsicht, dass es selbst eine entscheidende Schuld an der Misere hat. Austeritätspolitik, Arbeitsmarktflexibilisierung und Lohnsenkungen haben die Krise verstärkt. 224 S., Pb.

Best.-Nr.: 93792 EUR 20,00

Didier Modi
Der europäische Albtraum

Ein Projekt wird seziiert (deutsch und französisch)

Ein französischer Spitzenbeamter mit leitenden Funktionen in EU-Kommission, Europäischem Rat und Parlament bietet unter Pseudonym Innenansichten, die große Sorgen hervorgerufen. Noch nie hat ein europäischer gesinnter Franzose so kritisch über den Brüsseler Machtapparat geschrieben. 196 S., Pb.

Best.-Nr.: 93747 EUR 13,00

Kathrin Hartmann
Die grüne Lüge

Weltretung als profitables Geschäftsmodell

Greenwashing, also das Bemühen der Konzerne, ihr schmutziges Geschäft hinter Öko- und Sozialversprechen zu verstecken, ist erfolgreicher denn je. Je gebildeter die Zielgruppe, je schädlicher das Produkt und je absurder das Öko-Versprechen, desto eher wird die grüne Lüge geglaubt. 240 S., Pb.

Best.-Nr.: 93796 EUR 15,00

Michael Grandt
GEZ

Wie mit Zwangsgebühren Staatspropaganda finanziert wird und warum diese abgeschafft werden sollten

In diesem Buch erfahren Sie alles über unsere zwangsfinanzierten Staatsmedien. Der investigative Erfolgsautor Michael Grandt räumt mit Mythen und Halbwahrheiten auf und entlarvt die größten Propagandagelände. Zu Recht vertrauen immer mehr Menschen der Lügenpresse nicht mehr. 236 S., geb.

Best.-Nr.: 93831 EUR 19,95

Günter Hannich
Megacrash - Die große Enteignung kommt

So schützen Sie sich vor der Krise und sorgen für den Crash-Fall vor

Die Aktien- und Immobilienmärkte blühen, doch der renommierte Geldanlage- und Sicherheitsexperte Günter Hannich sieht eindeutige Signale, die auf einen bevorstehenden Crash hindeuten. Was uns erwartet, ist der komplette Zusammenbruch des Wirtschafts- und Finanzsystems 282 S., geb.

Best.-Nr.: 93832 EUR 19,95

Douglas Murray
Der Selbstmord Europas

Immigration, Identität, Islam

Europa scheint unfähig zu sein, seine Interessen zu verteidigen. Warum haben die europäischen Regierungen durch ihre Förderung der Masseneinwanderung einen Prozess angestoßen, der zum Selbstmord Europas führt? Douglas Murray hat die Ursachen und Entwicklungen genau studiert ... 384 S., geb.

Best.-Nr.: 93814 EUR 24,99

Abbildungen können vom Original abweichen!